Landeshauptstadt Magdeburg

Stallungnahma dar Varwaltung

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 53	S0005/09	07.01.2009

Steriunghamme der verwaltung					
öffentlich	Amt 53	S0005/09	07.01.2009		
zum/zur					
F0198/08 der Fraktion <i>BÜNDNIS 90/</i> DIE GRÜNEN					
Bezeichnung					
Psychologische Beratung					
Verteiler	Ta	g			
Der Oberbürgermeister	20.0	01.2009			

- 1. Ist dem Oberbürgermeister bzw. den Ämtern bekannt, dass Beratungsstellen freier Träger Hilfsbedürftige vor die Alternative stellen, entweder lange Wartezeiten auf einen freien Termin in Kauf zu nehmen oder von derselben Beraterin/Psychologin, privat abgerechnet, umgehend beraten zu werden?
- 2. Wenn ja, wie vereinbart sich diese Vorgehensweise, zumindest eines freien Trägers mit dem Auftrag der Stadt als Förderer kostenloser psychologischer Beratungsangebote?
- 3. Wie gedenkt die Stadt, gegen solche Interessenskollisionen vorzugehen und wie will die Stadt solche Verfahrensweisen künftig verhindern?
- Den Ämtern des Dezernates V ist nicht bekannt, dass Beratungsstellen freier Träger Hilfsbedürftige vor die Alternative stellen, entweder lange Wartezeiten auf einen freien Termin in Kauf zu nehmen oder von derselben Beraterin/Psychologin, privat abgerechnet, umgehend beraten zu werden.
- zu 2. entfällt
- Um abschätzen zu können, welche Vorgehensweise gegen derartige Praktiken freier Träger im Rahmen von Beratungen angemessen ist, sind genaue Kenntnisse der Umstände notwendig. Sollte es sich herausstellen, dass die geschilderten Vorgänge einen Einzelfall darstellen, werden andere Maßnahmen angebracht sein, als bei einem wiederholten Auftreten bei verschiedenen Trägern.

Leider nennt die Anfrage von Herrn Giefers keine konkreten Anhaltspunkte, um als Kommune unter Umständen zu prüfen, ob hier neben der moralischen Verwerflichkeit auch Belege für eine strafbare Handlung vorliegen könnten.

Die Vorkommnisse sollten umgehend aufgeklärt werden. Hierzu wird jedoch eine detaillierte Mitteilung benötigt, um welche Beratungsstellen es sich handelt. Nur so kann dann mit den betreffenden freien Trägern Kontakt aufgenommen werden, um angemessene Konsequenzen zu ziehen.